

Sascha Bleschick

## Die Revisionszulassungsgründe des § 115 Abs. 2 Nr. 1 und 2 FGO im Spannungsverhältnis zwischen Individualrechtsschutz und Allgemeininteresse



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
<b>§ 1 Einführung.....</b>	<b>1</b>
A. Einleitung.....	1
B. Ziel und Gang der Untersuchung.....	2
<b>§ 2 Die geschichtliche Entwicklung der Revisionszulassung im finanzgerichtlichen Verfahren.....</b>	<b>5</b>
A. Die Rechtslage in der Zeit des Zweiten Deutschen Kaiserreiches (1871 bis 1918).....	6
B. Die Rechtsentwicklung in der Zeit von 1918 bis 1932.....	7
I. Das Gesetz über die Errichtung des Reichsfinanzhofs vom 26.7.1918.....	7
II. Die Reichsabgabenordnung vom 13.12.1919.....	10
III. Die Änderung der Reichsabgabenordnung durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1.12.1930 und vom 18.3.1932.....	12
C. Die Entwicklung während der Zeit des Nationalsozialismus.....	13
D. Die Zeit nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges bis zur Gründung des Bundesfinanzhofs.....	16
E. Die Gründung des BFH.....	18
F. Die Schaffung der FGO sowie die anschliessenden beabsichtigten und durchgeführten Änderungen der Revisionszulassungsregelungen.....	19
I. Die FGO vom 6.10.1965.....	19
1. Die Zulässigkeit der Revision.....	19
a) Streitwertrevision.....	19
b) Zulassungsfreie Revision.....	20
c) Zulassungsrevision.....	21
2. Einführung der Nichtzulassungsbeschwerde.....	21
II. Die später beabsichtigten und nicht realisierten Änderungen der FGO.....	21
III. Das Gesetz zur Entlastung des Bundesfinanzhofs vom 8.7.1975.....	23
IV. Nicht verwirklichte Reformen des Revisionsrechts in der Folgezeit.....	24
V. Das 2. FGO-Änderungsgesetz vom 19.12.2001.....	26
G. Schlussfolgerungen.....	34

<b>§ 3 Der Zweck der Revision und seine Relevanz für die Auslegung der Revisionszulassungsgründe</b> .....	37
<b>A. Der Streit um die Zwecke der Revision und ihrer Vorrangigkeit</b> .....	37
<b>B. Diskussion der Revisionszwecke bei der Auslegung der Revisionszulassungsgründe</b> .....	37
I. Die eine Signifikanz der Revisionszwecke bejahenden Meinungen.....	38
1. Argumentationsmuster.....	38
a) Trennung des Verfahrens vor der Revisionseröffnung und nach der Eröffnung der Revision.....	39
b) Heranziehung des Doppelzwecks der Revision.....	41
c) Zwischenergebnis.....	41
2. Relevanz der Revisionszwecke für die Revisionszulassungsgründe aus anderen Gründen?.....	41
a) Generelles Überwiegen der Revisionszwecke bei der Auslegung?.....	42
b) Systematische Überlegung.....	43
c) Teleologische Überlegung.....	44
3. Resümee.....	45
II. Irrelevanz des Revisionszwecks für die Auslegung der Revisionszulassungsgründe.....	45
1. Kein Vorrang der Revisionszwecke für sämtliche Revisionszulassungsgründe.....	45
2. Kein Antagonismus der Revisionszwecke.....	47
III. Ergebnis.....	48
<b>C. Folgerungen</b> .....	49
<b>§ 4 Die Einrichtung von Zugangsschranken und ihre Auslegung von dem Hintergrund verfassungsrechtlicher Vorgaben</b> .....	51
<b>A. Verfassungsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Zulassungsrevision</b> .....	51
I. Keine grundlegende Untersagung der Errichtung von Zugangsbeschränkungen zur Rechtsmittelinstanz.....	51
1. Rechtsschutzgarantie (Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG).....	51
2. Sonstige verfassungsrechtliche Gewährleistungen.....	55
3. Ergebnis.....	55
II. Inhaltliche Ausgestaltungen.....	56
1. Verstoß gegen die Grundrechte durch die Einführung einer reinen Zulassungsrevision?.....	56

2.	Folgerungen aus dem Rechtsstaatsprinzip .....	57
a)	Bestimmtheitsgebot.....	59
b)	Anforderungen an die Ausgestaltung der Rechtsmittel sowie die Grundsätze über die Einlegung und Begründung von Rechtsmitteln .....	63
aa)	Gebot der Rechtsmittelklarheit .....	63
bb)	Bindungen aus dem allgemeinen Gleichheitssatz.....	64
cc)	Folgerungen .....	65
III.	Resümee.....	65
<b>B.</b>	<b>Gebot des effektiven Rechtsschutzes</b> .....	65
<b>C.</b>	<b>Ergebnis</b> .....	66
<b>§ 5</b>	<b>Die Jurisdiktion des BFH und das Meinungsspektrum der Literatur zu den Revisionszulassungsgründen des § 115 Abs. 2 Nr. 1 und 2 FGO</b> .....	67
<b>A.</b>	<b>Die Zulassung der Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung (§ 115 Abs. 2 Nr. 1 FGO)</b> .....	68
I.	Definition der grundsätzlichen Bedeutung nach der herrschenden Ansicht .....	68
II.	Zu den einzelnen Kriterien der grundsätzlichen Bedeutung .....	69
1.	Rechtsfrage.....	69
a)	Rechtssache - Rechtsfrage .....	69
aa)	Zuordnung zum Tatbestandsmerkmal der Rechtsfrage .....	70
bb)	Abweichende Lösungsansätze .....	70
(1)	Interesse der Allgemeinheit .....	70
(2)	Funktionale Argumentation .....	71
b)	Fazit.....	72
2.	Klärungsbedürftigkeit .....	72
a)	Ausgangspunkt.....	72
b)	Positive Bestimmung des Merkmals der Klärungsbedürftigkeit ....	73
c)	Mangelnde Klärungsbedürftigkeit .....	73
aa)	Keine Infragestellung höchstrichterlicher Rechtsprechung durch neue Gesichtspunkte .....	73
(1)	Inhalt dieser Formel.....	74
(2)	Zwischenergebnis .....	75
bb)	Eindeutigkeit der Rechtslage .....	76
(1)	Eindeutigkeit des Gesetzes .....	76
(2)	Rechtsfrage im Sinne der angegriffenen finanz- gerichtlichen Entscheidung zu beantworten .....	78

(a) Berücksichtigung ständiger höchstrichterlicher Rechtsprechung.....	79
(b) Erstmalige Klärung einer Rechtsfrage .....	79
(3) Zwischenergebnis .....	80
cc) Einzelfälle .....	80
(1) Obiter dicta .....	80
(2) Abweichende Anweisungen der Finanzbehörden.....	81
d) Fazit.....	81
3. Klärungsfähigkeit.....	82
a) Grundlegende Bedeutung dieses Merkmals.....	82
b) Synonyme Bezeichnung.....	83
c) Fälle fehlender Klärungsfähigkeit.....	84
aa) Rechtsfrage gehört nicht zum revisiblen Recht .....	85
bb) Beantwortung der Rechtsfrage in verschiedener Weise führt zu demselben Ergebnis.....	85
cc) Nichtzulassungsbeschwerde geht von einem anderen Sachverhalt aus.....	85
dd) Kumulative Begründung.....	85
ee) Unzulässigkeit der Klage .....	86
ff) Zwischenergebnis .....	86
d) Abgrenzung der Klärungsfähigkeit von der Entscheidungserheblichkeit?.....	86
e) Resümee .....	87
4. Allgemeine Bedeutung der Rechtsfrage.....	87
a) Herrschende Ansicht .....	87
aa) Betreffen einer (unbekannten) Vielzahl gleichartiger Fälle.....	88
bb) Verweis auf Gründe der Rechtssicherheit, der Rechtseinheitlichkeit und/oder Rechtsentwicklung.....	88
cc) Klärung der Rechtsfrage berührt das Interesse der Allgemeinheit an der Fortentwicklung und Handhabung des Rechts bzw. an der einheitlichen Entwicklung und Handhabung des Rechts .....	89
dd) Gründe der Rechtsklarheit, der Rechtsfortbildung oder der Einheitlichkeit der Rechtsprechung .....	90
ee) Eine für die einheitliche Rechtsanwendung wichtige Frage.....	90
ff) Eine in Rechtsprechung und/oder Schrifttum umstrittenen Rechtsfrage .....	91
gg) Nebeneinander von Definitionen .....	91
hh) Besonderheiten bei ausgelaufenem bzw. auslaufendem Recht .....	93

ii) Ergebnis .....	94
b) Erweiterte Auslegung der Breitenwirkung .....	95
aa) Erstmalige Entscheidung eines Finanzgerichts über neues Recht oder einen bestimmten Sachverhalt.....	95
bb) Größere Anzahl von Steuerfällen.....	95
cc) Wirtschaftliche, soziale bzw. tatsächliche Auswirkungen.....	95
c) Fazit.....	96
5. Die schwere Greifbarkeit einzelner Elemente der grundsätzlichen Bedeutung .....	96
III. Struktur des Zulassungsgrundes .....	96
IV. Anforderungen an die Darlegung der grundsätzlichen Bedeutung .....	97
1. Allgemeines.....	97
a) Zum Begriff der „Darlegung“ der Revisionszulassungsgründe.....	97
b) Rechtzeitiges Vorbringen der Revisionszulassungsgründe .....	99
2. Keine Änderung der Anforderungen an die Darlegung der grundsätzlichen Bedeutung in der Rechtsprechung des BFH durch das 2. FGOÄndG.....	99
3. Entbehrlichkeit der Darlegung bei „Offenkundigkeit“ .....	101
4. Die einzelnen Darlegungserfordernisse für den Revisionszulassungsgrund der grundsätzlichen Bedeutung.....	103
a) Darlegung einer konkreten Rechtsfrage.....	104
b) Vortrag zur Klärungsbedürftigkeit.....	104
aa) Allgemeine Anforderungen an die Darstellung der Klärungsbedürftigkeit .....	104
(1) Uneinheitliche Anforderungen an die Darlegung der Klärungsbedürftigkeit .....	105
(2) Die Erfordernisse im Einzelnen .....	106
bb) Sonderfälle der Darlegung bei der behaupteten Verfassungswidrigkeit einer Norm .....	108
c) Ausführungen zur Klärfähigkeit bzw. Klärbarkeit.....	110
d) Darstellung der Bedeutung der Rechtsfrage für die Allgemeinheit .....	111
e) Vereinfachte Darlegung der Grundsatzrevision?.....	113
f) Ergebnis .....	113
V. Ständig wiederkehrende Fallgruppen mangelnder Grundsatzbedeutung .....	114
1. Rechtsfrage stellt sich in einer Vielzahl gleichgelagerter Fälle .....	115
2. Gewichtige wirtschaftliche oder finanzielle Auswirkungen der finanzgerichtlichen Entscheidung.....	115
3. Fehler bei der Anwendung des materiellen Rechts.....	115

4.	Erstmalige Entscheidung des BFH über die aufgeworfene Rechtsfrage.....	116
VI.	Fälle praktizierter Zulassung wegen grundsätzlicher Bedeutung.....	116
1.	Die Hemmnisse der Herleitung allgemeiner Kriterien für den Erfolg der Nichtzulassungsbeschwerde: Veröffentlichung negativer Zulassungsentscheidungen .....	117
2.	Die Veröffentlichungen wegen Grundsatzbedeutung stattgebender Nichtzulassungsbeschwerden .....	117
VII.	Ergebnis.....	118
<b>B.</b>	<b>Die Zulassung der Revision zur Fortbildung des Rechts (§ 115 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 1 FGO)</b> .....	119
I.	Verhältnis zum Zulassungstatbestand der grundsätzlichen Bedeutung.....	119
II.	Definition dieses Zulassungstatbestandes .....	120
1.	Spezifische Anforderungen an diesen Revisionszulassungsgrund ..	120
a)	Unstreitiger Ausgangspunkt.....	120
b)	Keine einheitliche Definition der Rechtsfortbildung .....	120
c)	Resümee.....	122
2.	Die sonstigen Voraussetzungen dieses Zulassungstatbestandes .....	123
a)	Das Vorliegen einer Rechtsfrage .....	123
b)	Klärungsbedürftigkeit und Klärungsfähigkeit der Rechtsfrage .....	123
c)	Erforderlichkeit einer Entscheidung des BFH als Voraussetzung dieses Zulassungsgrundes .....	125
aa)	Darstellung der Ansichten.....	125
bb)	Resümee.....	126
III.	Struktur des Zulassungstatbestandes .....	127
IV.	Anforderungen an die Darlegung der Zulassung zur Fortbildung des Rechts .....	127
V.	Fazit .....	129
<b>C.</b>	<b>Die Zulassung der Revision zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung (§ 115 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2 FGO)</b> .....	129
I.	Die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung als Oberbegriff ..	129
II.	Divergierende Entscheidungen verschiedener Gerichte.....	130
1.	Fortbestand der Divergenz .....	130
2.	Ausgrenzung der abweichenden Würdigung von Tatsachen .....	131
3.	Definition der Divergenz.....	132
a)	Herrschende Meinung .....	132
b)	Die Ansicht Seers.....	132
c)	Zwischenergebnis.....	133
4.	Die einzelnen Voraussetzungen einer Divergenzzulassung.....	133

a)	Die für eine Divergenzentscheidung maßgeblichen Gerichte.....	133
b)	Arten der zu berücksichtigenden Entscheidungen .....	134
c)	Gleicher oder vergleichbarer Sachverhalt; Gleichartigkeit der Rechtsfrage .....	135
d)	Abweichung in der Entscheidung .....	136
e)	Rechtserheblichkeit der Rechtsfrage.....	137
f)	Klärungsbedürftigkeit und Divergenz.....	139
g)	Spezifische Anforderung an die Abweichung nach h. M.: Zugrundelegung eines abstrakten Rechtssatzes .....	140
aa)	Konkludente Divergenz und ihre Weiterentwicklung .....	141
bb)	Konsequenzen .....	142
	(1) Keine Zulassung bei „bloßen“ Fehlern in der Subsumtion .....	142
	(2) Fehlerhafte Umsetzung von höchstrichterlichen Rechtssprechungsgrundsätzen.....	143
	(3) Zwischenergebnis .....	143
h)	Erforderlichkeit einer Entscheidung durch den BFH.....	144
aa)	Fälle des ausgelaufenen oder auslaufenden Rechts .....	144
bb)	Keine Erforderlichkeit bei bestimmten Gerichten .....	144
cc)	Keine über die Entscheidungserheblichkeit hinausgehende Bedeutung .....	145
dd)	Fazit.....	145
i)	Zwischenergebnis.....	146
5.	Verhältnis zu dem Revisionszulassungsgrund der Grundsatzrevision .....	146
6.	Anforderungen an die Darlegung einer Divergenzentscheidung .....	147
a)	Herrschende Ansicht .....	147
aa)	Eindeutige Bezeichnung der vermeintlichen Divergenzentscheidung.....	147
bb)	Kontrastierung abstrakter und zugleich tragender Rechtssätze.....	148
cc)	Identische Rechtsfrage .....	149
dd)	Darlegung einer Ursächlichkeit des abstrakten Rechtssatzes für die angegriffene Entscheidung.....	150
ee)	Darlegung, dass die Entscheidung des BFH zur Wahrung der Rechtseinheit erforderlich ist? .....	150
ff)	Besonderheiten zur Darlegung bei der sog. nachträglichen Divergenz .....	151
gg)	Ergebnis .....	151
b)	Die Meinung Seers.....	152

7. Fälle erfolgter Zulassung wegen Divergenz .....	152
8. Fazit.....	152
III. Die Zulassung bei rechtsfehlerhaften Entscheidungen der Finanzgerichte .....	153
1. Aufnahme der Erweiterung der Revisionszulassung in die Rechtsprechung des BFH.....	153
a) Bloße Einwände gegen die Richtigkeit der finanzgericht- lichen Entscheidung.....	154
b) „Qualifizierte Rechtsfehler“.....	155
c) Ergebnis .....	159
2. Spezifische Anforderungen an den Zulassungsgrund nach Rechtsprechung und Literatur .....	159
a) Die verschiedenen Formeln des schwerwiegenden Rechtsanwendungsfehlers in der Rechtsprechung des BFH.....	159
aa) Maßstäbe der BFH-Rechtsprechung für eine „qualifiziert fehlerhafte“ Entscheidung des Finanzgerichts.....	159
(1) Kein Bezug zu dem Merkmal der Willkür.....	159
(2) Die verschiedenen Willkür-Formeln.....	160
(a) Konkretisierungen ohne weitere Zusätze als dem der (objektiven) Willkür .....	160
(b) Kombinationen.....	162
(aa) Ergänzung um die Merkmale der rechtlichen Vertretbarkeit und der sachfremden Erwägungen .....	162
(bb) Kopplung mit dem „Entbehren jeder gesetzlichen Grundlage“.....	163
(cc) Verknüpfungen mit dem Attribut der Evidenz .....	164
(3) Inhaltsbestimmung der Willkür .....	166
(4) Zwischenergebnis .....	166
bb) Fälle, in denen der BFH einen schweren Rechtsfehler in finanzgerichtlichen Entscheidungen bejahte .....	167
(1) Übersehen eines Erstattungsanspruchs .....	167
(2) Schätzung von Besteuerungsgrundlagen .....	168
(3) Übersehen einer offensichtlich einschlägigen entscheidungserheblichen Vorschrift.....	169
(4) Fazit .....	170
cc) Fälle, in denen die h. M. eine Zulassung wegen fehlerhafter Rechtsanwendung ablehnt.....	171
(1) Übersehen einer entscheidungserheblichen Norm „bei richtigem steuerlichem Ergebnis“ .....	171
(a) Inhalt der Entscheidung .....	171

(b) Beurteilung dieses Beschlusses .....	173
(2) Wiederkehrende Fallgestaltungen.....	173
(a) „Einfache“ Rechtsfehler .....	173
(b) Zulassung der Revision wegen schwerwiegenden Feh- lers hängt nicht von der Höhe des Steuerbetrages ab .....	174
(c) Eingehende Auseinandersetzung mit der Rechtslage durch die Vorinstanz .....	174
(d) Zwischenergebnis .....	174
dd) Fazit.....	175
b) Abweichende Bestimmung des „qualifizierten Rechtsanwendungsfehlers“ in der Literatur.....	176
aa) Jeglicher Rechtsfehler führt zur Zulassung.....	176
(1) Wortlaut .....	176
(2) Unüberwindbarkeit einer an objektiver Willkür ausgerichteten Zulassungsschranke .....	176
(3) Aufgabe des Revisionsgerichts .....	176
(4) Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	177
(5) Besonderheiten des finanzgerichtlichen Verfahrens.....	177
(6) Gefährdung der Rechtsanwendungsgleichheit.....	177
bb) Anlehnung an die Willkür-Formeln.....	178
(1) Ausgrenzung von Bagatellfällen.....	178
(2) Versuch einer näheren Bestimmung des Begriffs der objektiven Willkür .....	178
cc) Spielarten der Evidenz .....	179
(1) Greifbare Gesetzeswidrigkeit.....	180
(2) Offensichtlichkeit des Rechtsfehlers.....	181
(3) Resümee.....	182
dd) Einbeziehung der BGH-Rechtsprechung zur konkreten Wiederholungs- und Nachahmungsgefahr.....	182
ee) Fehlen einer logisch schlüssigen Argumentationskette .....	183
ff) Zwischenergebnis .....	184
c) Fazit.....	184
3. Zu den weiteren Voraussetzungen für die Revisionszulassung wegen rechtsfehlerhafter Entscheidung .....	184
a) Entscheidungserheblichkeit .....	184
b) Keine Klärungsbedürftigkeit.....	185
c) Erforderlichkeit der Zulassung.....	185
d) Struktur des Zulassungsgrundes.....	185
4. Die Verortung der erweiterten Revisionszulassung.....	186
5. Verhältnis zu den anderen Revisionszulassungsgründen.....	187

6. Anforderungen an die Darlegung.....	187
7. Resümee .....	188
<b>D. Keine Revisionszulassung wegen analoger Anwendung des § 126 Abs. 4 FGO.....</b>	<b>188</b>
I. Rechtfertigung dieses Lösungsansatzes.....	189
II. Ausnahmen zur analogen Anwendung des § 126 Abs. 4 FGO .....	190
1. Ausnahmen nach allgemeiner Ansicht.....	191
2. Ausnahme nach Ruban bei den Revisionszulassungsgründen des § 115 Abs. 2 Nr. 1 und 2 FGO.....	192
III. Resümee.....	193
<b>E. Zeitpunkt der Beurteilung der Revisionszulassungsgründe .....</b>	<b>193</b>
<b>F. Würdigung von Rechtsprechung und Literatur .....</b>	<b>195</b>
<b>§ 6 Vergleich von Zulassungstatbeständen anderer Verfahrensordnungen .....</b>	<b>197</b>
<b>A. Wettbewerbs-, Marken- und Patentrecht.....</b>	<b>197</b>
I. Allgemeines.....	197
1. Die Zulassung der Rechtsbeschwerde.....	198
a) Wesen der Rechtsbeschwerde .....	198
b) Die verschiedenen Arten der Rechtsbeschwerde .....	198
aa) Die zulassungsfreie Rechtsbeschwerde .....	199
bb) Die zugelassene Rechtsbeschwerde .....	200
cc) Zwischenergebnis .....	201
c) Fazit.....	201
2. Unterschiede zwischen den Verfahren der Finanzgerichts- und der Zivilprozessordnung.....	201
a) Keine Nichtzulassungsbeschwerde im Marken- und Patentrecht.....	202
b) Begründung der Nichtzulassung durch den iudex a quo.....	203
c) Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde im Wettbewerbsrecht.....	203
3. Zwischenergebnis.....	204
II. Auslegung der Zulassungskriterien in Rechtsprechung und Literatur .....	204
1. Grundsätzliche Bedeutung .....	205
a) Rechtssache - Rechtsfrage .....	205
b) Klärungsbedürftige und entscheidungserhebliche Rechtsfrage .....	206
c) Über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung .....	207
aa) Herrschende Ansicht .....	207
bb) Einzelmeinungen in der Literatur .....	209

(1) Extensive Auslegungen.....	209
(2) Restriktive Auslegung.....	210
d) Fazit.....	210
2. Fortbildung des Rechts.....	211
a) Verhältnis zur grundsätzlichen Bedeutung und Struktur des Zulassungstatbestandes.....	212
b) Spezifische Anforderungen an diesen Zulassungsgrund.....	212
aa) Fehlen einer allgemeingültigen Begriffsbestimmung.....	212
bb) Übernahme der bei §§ 543 Abs. 2, 574 Abs. 2 ZPO gebräuchlichen Definition.....	214
c) Ergebnis.....	215
3. Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung.....	215
a) Verhältnis zu der Zulassung wegen grundsätzlicher Bedeutung.....	215
b) Definition des Zulassungstatbestandes.....	215
aa) Herrschende Meinung.....	215
bb) Abweichende Ansätze im Marken- und Patentrecht.....	217
c) Keine Zulassung bei „qualifiziert fehlerhaften“ Entscheidungen.....	218
d) Zwischenergebnis.....	220
III. Ergebnis.....	221
<b>B. Rechtsbeschwerde nach dem OWiG.....</b>	<b>222</b>
I. Zulassungsfreie und zulassungsbedürftige Rechtsbeschwerde.....	222
II. Die abweichende Regelung der Zulassungsgründe.....	224
1. Die Zulassungsnorm.....	224
2. Weitere Verminderung des Zulassung zum OLG.....	224
3. Keine Zulassung wegen grundsätzlicher Bedeutung.....	225
III. Unterschiede im Verfahren zur Revisionszulassung im finanzgerichtlichen Verfahren.....	226
IV. Die Auslegung der einzelnen Zulassungstatbestände.....	226
1. Fortbildung des Rechts.....	226
a) Inhaltsbestimmung dieses Zulassungstatbestandes.....	227
aa) Eigentümlichkeit dieses Zulassungstatbestandes.....	227
bb) Sonstige Voraussetzungen.....	227
cc) Zwischenergebnis.....	228
b) Ergebnis.....	228
2. Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung.....	228
a) Verhältnis beider Zulassungstatbestände des Ordnungswidrigkeitenrechts.....	228
b) Unstreitiger Ausgangspunkt.....	228

c)	Abgrenzung bloßer Fehlentscheidungen im Einzelfall zu relevanten Abweichungen durch das Kriterium der Wiederholungsgefahr .....	230
aa)	Allgemeines .....	230
bb)	Die Zulassung anhand der Wiederholungsgefahr .....	230
(1)	Überwiegende Ansicht: Differenzierung nach bewussten und unbewussten Abweichungen .....	230
(a)	Grundsätzliches .....	230
(b)	Eigentümlichkeiten bei der Zulassung wegen der Verletzung von Verfahrensfehlern .....	232
(c)	Verhältnis der Wiederholungsgefahr zu der Zulassung bei „klassischer Divergenz“ .....	233
(aa)	Übereinstimmung von Divergenz und Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung .....	233
(bb)	Weitere Zulassung durch den Zulassungsgrund der Divergenz .....	234
(cc)	Restriktiverer Anwendungsbereich der Divergenz .....	235
(dd)	Fazit .....	236
(2)	Abweichende Ansichten .....	237
(a)	Zulassung ohne Differenzierung nach bewusster oder unbewusster Abweichung .....	238
(b)	Die Zulassung nach der Abweichungswahrscheinlichkeit .....	238
(c)	Zulassung bei einer Abweichung von der Rechtsprechung der OLG .....	239
(3)	Zwischenergebnis .....	239
d)	Die Zulassung der Rechtsbeschwerde und der Individualrechtsschutz .....	239
V.	Schlussfolgerungen .....	241
<b>C.</b>	<b>Die Revision im Entschädigungsrecht</b> .....	241
I.	Verfahren bei Nichtzulassung .....	241
II.	Die Zugangsregelung .....	242
III.	Zur Auslegung der auch in § 115 Abs. 2 Nr. 1 und 2 FGO enthaltenen Revisionszulassungsgründe .....	242
1.	Grundsätzliche Bedeutung .....	243
2.	Fortbildung des Rechts .....	244
3.	Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung und wegen Divergenz im Sinne des § 219 Abs. 2 Nr. 2 BEG .....	245
IV.	Ergebnisse .....	246

<b>D. Die Zulassung der Revision nach der Zivilprozessordnung</b> .....	246
I. Allgemeines .....	247
1. Der Wechsel zur reinen Zulassungsrevision .....	247
2. Vergleichbarkeit des Revisionsverfahrens mit den Bestimmungen der FGO .....	248
3. Inhaltsgleiche Auslegung von § 543 Abs. 2 S. 1 ZPO und § 574 Abs. 2 ZPO .....	248
4. Stimmen der Literatur zur Rechtsprechung des BGH.....	249
II. Die Zulassung der Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung .....	250
1. Zur Auslegung des Zulassungsgrundes in Rechtsprechung und Literatur .....	250
a) Definition der grundsätzlichen Bedeutung .....	250
b) Die einzelnen Kriterien der Grundsatzrevision.....	251
aa) Rechtsfrage .....	251
bb) Entscheidungserheblichkeit .....	251
(1) Allgemeines .....	252
(2) Die Entscheidungserheblichkeit der Rechtsfrage bei einer im Ergebnis aus anderen Gründen richtigen Entscheidung.....	252
(3) Zwischenergebnis .....	253
cc) Klärungsfähigkeit.....	253
(1) Grundsätze .....	253
(2) Zum Verhältnis der Klärungsfähigkeit und der Entscheidungserheblichkeit .....	253
(3) Zwischenergebnis .....	254
dd) Klärungsbedürftigkeit .....	254
ee) Die Bedeutung der Rechtsfrage für die Allgemeinheit .....	255
(1) Rechtsfrage kann in einer unbestimmten Vielzahl von Fällen auftreten .....	256
(2) Andere Auswirkungen, die das Interesse der Allgemeinheit in besonderem Maße betühren.....	257
2. Anforderung an die Darlegung der grundsätzlichen Bedeutung.....	259
a) Allgemeine Anforderungen an die Darlegung im Sinne des § 544 Abs. 2 S. 3 ZPO.....	259
b) Spezifika der Darlegungserfordernisse für die Grundsatzrevision .....	259
3. Fazit.....	260

III. Die Revisionszulassung zur Fortbildung des Rechts, § 543 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 Alt. 1 ZPO.....	261
1. Abhängigkeit auch dieses Zulassungsgrundes von weiteren Kriterien .....	261
2. Spezifische Anforderungen der Rechtsfortbildungsrevision .....	262
a) Herrschende Ansicht .....	262
b) Abweichende Ansichten .....	264
3. Schlussfolgerungen .....	265
IV. Die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung, § 543 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 Alt. 2 ZPO.....	266
1. Die Auslegung dieses Revisionszulassungsgrundes .....	266
a) Erste Fallgruppe: Divergenz im herkömmlichen Sinne.....	267
aa) Inhaltsbestimmung.....	267
bb) Abweichen in vorwerfbarer Weise .....	269
cc) Darlegung.....	269
dd) Fazit.....	269
b) Zweite Fallgruppe: Rechtsanwendungsfehler.....	270
aa) Grundgedanke: Nachhaltiges Berühren der Interessen der Allgemeinheit durch einen entscheidungserheblichen Fehler .....	270
bb) Unterfallgruppen der nachhaltigen Berührung des Interesses der Allgemeinheit.....	270
(1) Rechtsanwendungsfehler mit verfassungsrechtlicher Relevanz.....	271
(a) Willkürverbot.....	271
(b) Verfahrensgrundrechte.....	274
(c) Darlegung.....	276
(d) Zwischenergebnis .....	276
(2) Wiederholungs- und Nachahmungsgefahr.....	276
(a) Allgemeines .....	276
(b) Fallgruppen konkreter Anhaltspunkte für eine Wiederholungs- oder Nachahmungsgefahr.....	278
(aa) Ständige Praxis einer Abweichung von höchstrichterlicher Rechtsprechung.....	278
(bb) Strukturelle Wiederholungsgefahr: Folgerung der Zulassungsbedürftigkeit aus den Gründen des Berufungsurteils .....	278
(c) Darlegung.....	279

(3) Abweichende Ansichten .....	279
(a) Jeder Rechtsanwendungsfehler müsse zur Zulassung führen .....	279
(b) Vermutung einer Nachahmungs- und Wiederholungsgefahr bei jedem Rechtsanwendungsfehler .....	280
(c) Bestimmte Rechtsanwendungsfehler außerhalb der eigentlichen Subsumtion .....	280
(d) Abweichungswahrscheinlichkeit .....	281
cc) Zuordnung der „qualifizierten Rechtsfehler zu § 543 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 Alt. 2 ZPO .....	281
dd) Verhältnis zur Rechtsprechung des BFH .....	281
c) Ergebnis .....	282
2. Resümee .....	283
V. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt .....	283
<b>E. Quintessenz .....</b>	<b>287</b>
<b>§ 7 Eigene Lösung .....</b>	<b>289</b>
<b>A. Prinzipielle Zweiteilung der Revisionszulassungsgründe .....</b>	<b>289</b>
<b>B. Revisionszulassung zur abstrakten Rechtsklärung .....</b>	<b>290</b>
I. Gemeinsame Merkmale .....	290
1. Rechtsfrage .....	291
2. Klärungsfähigkeit .....	292
a) Inhaltsbestimmung .....	292
b) Berechtigung dieses Merkmals .....	292
c) Ergebnis .....	293
3. Klärungsbedürftigkeit .....	293
a) Ergebnis der Bestandsaufnahme und vergleichender Betrachtungen .....	293
b) Rechtfertigung dieses Merkmals .....	294
aa) Legitimation für die Revisionszulassungsgründe zur Klärung abstrakter Rechtsfragen .....	294
bb) Fazit .....	295
c) Würdigung der verschiedenen Zweifelsfragen .....	295
aa) Unstreitige Basis der Inhaltsbestimmung .....	296
bb) Widerstreit mit dem Gebot der Rechtsmittelklarheit .....	296
(1) Unschärfe Anforderungen an die Klärungsbedürftigkeit bei bisher höchstrichterlich nicht berücksichtigten Argumenten .....	296

(2) Uneinheitliche Rechtsprechung in Bezug auf die Klärungsbedürftigkeit bei abweichender Ansicht der Finanzverwaltung.....	298
(3) Zwischenergebnis .....	298
cc) Zum Sonderfall der Klärung materiell-rechtlicher Fragen im Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde.....	299
(1) Überobligatorische Prüfung bei Berücksichtigung materiell-rechtlicher Gesichtspunkte .....	299
(2) Verbot der Prüfung sachlicher Gesichtspunkte im Rahmen der Klärungsbedürftigkeit?.....	300
(3) Verfahrensrechtliche Erfordernisse .....	301
(a) Besetzung des Senats und Signalwirkung der Nichtzulassungsentscheidung bei Klärung materiell-rechtlicher Fragen .....	301
(b) Auswirkungen aus dem Gebot der Rechtsmittelklarheit ..	303
(4) Keine ausschließliche Zuordnung zu den Konstellationen fehlender Klärungsbedürftigkeit.....	305
(5) Ergebnis .....	305
d) Fazit.....	306
4. Resümee .....	306
II. Zu den spezifischen Anforderungen der Grundsatz- und der Rechtsfortbildungsrevision.....	306
1. Zur Bestimmung der speziellen Präsumtionen an den Revisionszulassungsgrund der grundsätzlichen Bedeutung.....	307
a) Maßgeblichkeit der Rechtsfrage für eine Vielzahl von Fällen .....	307
aa) Allgemeines .....	307
(1) Zum Vergleich herangezogene Zulassungsregelungen anderer Rechtsgebiete .....	307
(2) Keine Veranlassung für eine Sonderstellung des BFH ersichtlich.....	308
(3) Besonderheiten des Steuerrechts.....	308
(4) Teleologische Gesichtspunkte .....	308
(a) Allgemeininteresse und Anwendungsbreite des Steuerrechts .....	309
(b) Zeitlicher Zusammenhang zum Gesetz zur Reform des Zivilprozesses .....	309
(c) Abschaffung der Streitwertrevision .....	309
(d) Streichung der zulassungsfreien Revision in Zolltarifsachen .....	310
(e) Erleichterte Darlegung der Grundsatzrevision.....	310

(5) Ergebnis .....	311
bb) Zum näheren Inhalt der Relevanz für eine unbestimmte Vielzahl von Fällen .....	311
(1) Untauglichkeit numerischer Bestimmung.....	311
(2) Nähere Inhaltsbestimmung der Bedeutung für eine unbestimmte Vielzahl von Fällen .....	312
(a) Quantitativer und qualitativer Aspekt.....	312
(b) Einzelheiten zu beiden Aspekten .....	312
(c) Fazit .....	314
b) Tatsächliches oder wirtschaftliches Gewicht der Sache .....	314
aa) Verschiedener Inhalt beider Momente allgemeiner Bedeutung .....	314
bb) Gedankliche Abgrenzung beider Momente und ihre jeweilige Relevanz für die Zulassung .....	315
(1) Ausschließliches Fehlen des quantitativen Aspekts .....	315
(2) Alleiniger Mangel des qualitativen Aspekts .....	317
(3) Abwesenheit von qualitativem und quantitativem Aspekt .....	317
cc) Zwischenergebnis .....	317
c) Besonderheiten bei auslaufendem oder ausgelaufenem Recht? ...	318
d) Resümee .....	318
e) Zur Voraussetzung der grundsätzlichen Bedeutung bei der Würdigung der Umstände des Einzelfalles .....	319
2. Spezifischer Bedeutungsinhalt der Revisionszulassung zur Fortbildung des Rechts .....	320
a) Fehlende Abgrenzbarkeit zur Grundsatzrevision nach h. M. ....	320
b) Bestimmung der Charakteristika der Rechtsfortbildungs- revision .....	321
aa) Würdigung der von der h. M. abweichenden Ansichten .....	321
bb) Fazit .....	324
c) Zu dem Merkmal der Erforderlichkeit einer Entscheidung durch den BFH .....	324
aa) Unstimmigkeiten in der finanzgerichtlichen Rechtsprechung und Literatur .....	324
bb) Entbehrlichkeit der Voraussetzung der Erforderlichkeit der Revisionszulassung .....	325
cc) Zwischenfazit .....	326
d) Zwischenergebnis .....	326
3. Ergebnis .....	326

<b>C. Revisionszulassung zur konkreten Rechtsanwendungskorrektur ...</b>	<b>327</b>
I. Der Streit um die Zuordnung der Zulassung bei rechtsfehlerhaften Entscheidungen zu einem der Tatbestände des § 115 Abs. 2 Nr. 1 oder 2 FGO .....	327
1. Herrschende Ansicht: Erweiterung falle unter die Grundsatzrevision .....	328
2. Die abweichende Ansicht Seers, Beermanns, Lists und Kempermanns .....	328
a) Ziel und Zweck des Verfahrens .....	329
b) Erweitertes gesetzgeberisches Verständnis der Grundsatzrevision .....	329
c) Systematik der Zulassungsgründe .....	330
d) Wortlaut sowie Sinn und Zweck .....	330
e) Keine materiell-rechtliche Änderung für ein erweitertes Verständnis erforderlich .....	331
3. Würdigung .....	331
a) Wortlaut .....	332
b) Entstehungsgeschichte .....	332
c) Ausführungen des Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages .....	333
d) Begründung des Rechtsausschusses steht erweiterten Auslegung der Grundsatzrevision nicht entgegen .....	333
e) Strukturelle Erwägungen .....	334
f) Erweiterung des Revisionszugangs über § 115 Abs. 2 Nr. 1 und zusätzlich Nr. 2 FGO .....	335
g) Sachnähe des Rechtsanwendungsfehlers zur Divergenz .....	335
h) Zwischenergebnis .....	336
4. Ergebnis .....	336
II. Würdigung der Kriterien zur Bestimmung eines qualifiziert fehlerhaften Fehlers .....	336
1. Jeder Rechtsverstoß als Zulassungsgrund .....	336
2. Zum Kriterium der objektiven Willkür, der greifbaren Gesetzwidrigkeit und damit verwandter Formeln .....	339
a) Würdigung dieser Kriterien .....	339
aa) Ausgangspunkt der Rechtsprechung überzeugt nicht .....	339
bb) Schwere Vorhersehbarkeit des Zulassungskriteriums .....	339
b) Der Konkretisierungsversuch Kempermanns und Rüsken's .....	341
c) Fazit .....	341

3.	Wiederholungs- und Nachahmungsgefahr .....	342
a)	Konstellationen schematischer Bejahung der Nachahmungs- und Wiederholungsgefahr .....	342
aa)	Zur Privilegierung der Zulassung bei der Nichtbeachtung elementarer Verfahrensgrundsätze .....	342
bb)	Vermutung der Wiederholungs- und Nachahmungsgefahr bei objektiver Abweichung .....	343
cc)	Zwischenergebnis .....	343
b)	Würdigung der Grundkonzeption der Zulassung bei dem Vorliegen einer Wiederholungs- und Nachahmungsgefahr .....	343
aa)	Ausgrenzung von unbewussten Fehlern .....	343
bb)	Diffuse und unpräzise Bestimmung der Wiederholungs- und Nachahmungsgefahr .....	344
cc)	Wirklichkeitsfernes Kriterium für den Beschwerdeführer .....	345
dd)	Unzweckmäßigkeit des Kriteriums der Wiederholungs- und Nachahmungsgefahr .....	346
ee)	Reproduzierbarkeit einer jeden Rechtsanwendung .....	346
ff)	Zwischenergebnis .....	347
c)	Konkretisierungsversuche zum Element der Wiederholungs- und Nachahmungsgefahr .....	347
d)	Ergebnis .....	348
4.	Abweichungswahrscheinlichkeit .....	348
5.	Spielarten der Evidenz .....	349
a)	Greifbare Gesetzeswidrigkeit .....	349
b)	Offensichtlichkeit des Rechtsfehlers .....	350
c)	Ergebnis .....	351
6.	Zulassung allein bei willentlichen Abweichungen .....	351
7.	Logik und Verstoß gegen die Denkgesetze .....	352
8.	Kriterium der individuellen Betroffenheit .....	353
9.	Ergebnis .....	353
III.	Entwicklung einer eigenen Lösung .....	353
1.	Allgemeine Determinanten eines überzeugenden Zulassungskriteriums .....	354
a)	Maßgeblichkeit nur eines Kriteriums für den Zulassungs- grund der „Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung“ .....	354
b)	Ableitung des maßgeblichen Revisionszulassungskriteriums aus der instanzgerichtlichen Entscheidung .....	355
c)	Ausgangspunkt: Abweichen in der Rechtsanwendung .....	356
d)	„Abweichung in der Rechtsanwendung“ statt „Fehler in der Rechtsanwendung“ .....	357

e)	Keine Klärungsbedürftigkeit.....	358
f)	Keine Zulassung bei auslaufendem oder ausgelaufenem Recht? .....	358
g)	Zum Tatbestandsmerkmal der „Erforderlichkeit“.....	359
h)	Ausgrenzung von Bagatellen? .....	360
i)	Zwischenergebnis.....	360
2.	Zu den näheren Anforderungen an die Revisionszulassung zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung.....	361
a)	Zum relevanten Kriterium der Revisionszulassung in der Gesetzesbegründung, der Rechtsprechung des BFH und der Literatur.....	361
b)	Rückschlüsse aus der Abschaffung des Zulassungsgrundes der Divergenz.....	363
aa)	Struktur .....	363
bb)	Spezifische Voraussetzung der Abweichungen in der Rechtsanwendung .....	365
(1)	Kennzeichen der Divergenz.....	365
(2)	Gesetzgeberische Intention einer höchstrichterlichen Orientierungshilfe .....	365
cc)	Zwischenergebnis .....	367
c)	Fazit.....	367
3.	Die Technik der Rechtsanwendung .....	367
a)	Abstrakte Betrachtungsweise.....	368
b)	Konkrete Technik der Rechtsanwendung: Justizsyllogismus.....	368
aa)	Allgemeines .....	368
bb)	Weitere Aufgliederung dieses Modells für die Zwecke der Revisionszulassung.....	369
(1)	Auslegung von Tatbestandsmerkmal und Rechtsfolge unter Berücksichtigung des jeweiligen Rechtsgebietes und dem jeweiligen Zweck der Norm.....	369
(2)	Schritte der Subsumtion.....	370
cc)	Zwischenergebnis .....	371
dd)	Keine Relevanz der Abweichung unter alleiniger Berücksichtigung des Entscheidungsergebnisses .....	372
(1)	Untauglichkeit des Kriteriums der Ergebnisrichtigkeit .....	372
(2)	Fazit .....	372
c)	Ergebnis .....	372
4.	Benennung der für die Zulassung der Revision relevanten Stufen der Rechtsanwendung.....	373
a)	Bestimmung der einzelfallveranlassten Rechtssatzbildung bei ordnungsgemäßer Begründung durch das Instanzgericht .....	373

aa)	Obersatz .....	373
bb)	Nichtprüfung eines Tatbestandsmerkmals oder einer Rechtsfolge .....	374
cc)	Prüfung eines gesetzlich nicht vorhandenen Tatbestandsmerkmals.....	374
dd)	Nichtprüfung einer gesetzlichen Rechtsfolge .....	374
ee)	Nichtbeachtung einer gesetzlichen Rechtsfolge .....	375
ff)	Ignorieren einer entscheidungserheblichen Rechtsgrundlage.....	375
gg)	Subsumtion .....	375
	(1) Mythos der Irrelevanz „bloßer“ Subsumtionsfehler .....	376
	(a) Folgerichtige Subsumtion .....	376
	(b) Prüfung bisher nicht genannter Kriterien.....	376
	(c) Zur Relevanz beider Abweichungen auf die Revisionszulassung.....	376
	(d) Unzureichende Differenzierung in der Rechtsprechung des BFH.....	378
	(2) Ergebnis .....	378
hh)	Sachverhaltsfeststellung sowie Anwendung von Tatbestandsmerkmalen oder Rechtsfolgen auf den konkreten Sachverhalt.....	379
ii)	Zusammenfassung.....	379
b)	Revisionszulassung zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung bei nicht ohne Weiteres nachvollziehbaren Begründung.....	380
aa)	Sonstige Erkennbarkeit der Rechtsprechungsgrundsätze in der Rechtsanwendung.....	380
bb)	Zweifelhafte Begründungen, die den Schluss auf bestimmte Rechtsprechungsgrundsätze nicht sicher zulassen....	381
cc)	Fehlen einer Begründung/unverständliche Erwägungen .....	382
dd)	Zwischenergebnis .....	382
c)	Resümee.....	382
5.	Fazit.....	383
IV.	Gesamtergebnis zu dem Zulassungsgrund zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung.....	383
<b>D.</b>	<b>Keine Revisionszulassung wegen analoger Anwendung des § 126 Abs. 4 FGO?</b> .....	383
I.	Abgrenzung zu der Klärung materiell-rechtlicher Fragen im Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde.....	384
II.	Würdigung.....	385

1. Grundlagen der § 126 Abs. 4 FGO entsprechend anwendenden Ansicht .....	385
a) Keine Entscheidungserheblichkeit .....	385
b) Wahrung der Prozessökonomie .....	386
c) Hypothetische Erwägung .....	387
d) Voraussetzungen für eine Analogie seien gegeben .....	388
e) Zwischenergebnis .....	389
2. Einwendungen gegen eine Prüfung anderer Gesichtspunkte im Revisionszulassungsverfahren .....	389
a) Wortlaut und Systematik .....	389
b) Keine Vollbesetzung des Senats .....	389
c) Verfassungsrechtliche Bedenken im Hinblick auf Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG .....	390
3. Ergebnis .....	394
<b>E. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Revisionszulassungsgründe .....</b>	<b>394</b>
I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede betreffend des maßgeblichen Zeitpunktes bei der Auslegung des § 115 Abs. 2 FGO und § 543 Abs. 2 S. 1 ZPO .....	394
II. Würdigung .....	394
III. Ergebnis .....	396
<b>§ 8 Zusammenstellung der Ergebnisse .....</b>	<b>399</b>
<b>A. Historische Betrachtungen .....</b>	<b>399</b>
<b>B. Der Zweck der Revision und seine Relevanz für die Auslegung der Revisionszulassungsgründe .....</b>	<b>399</b>
<b>C. Die Einrichtung von Zugangsschranken und ihre Auslegung vor dem Hintergrund verfassungsrechtlicher Vorgaben .....</b>	<b>399</b>
<b>D. Die Jurisdiktion des BFH und das Meinungsspektrum der Literatur zu den Revisionszulassungsgründen des § 115 Abs. 2 Nr. 1 und 2 FGO .....</b>	<b>400</b>
I. Allgemeines .....	400
II. Zur näheren Bestimmung der einzelnen Revisionszulassungsgründe sowie zu weiteren damit in Zusammenhang stehender Fragen .....	400
1. Grundsatzrevision .....	400
2. Die Revisionszulassung zur Fortbildung des Rechts .....	402
3. Der Zugang zum BFH zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung .....	403
a) Divergenz .....	403
b) „Qualifizierte Rechtsanwendungsfehler“ .....	403

4. Entsprechende Anwendung des § 126 Abs. 4 FGO .....	404
5. Zeitpunkt für die Beurteilung der Revisionszulassungsgründe .....	404
6. Durch die Arbeit zu klärende Fragen .....	405
<b>E. Betrachtung der Zulassungstatbestände anderer</b>	
<b>Verfahrensordnungen</b> .....	405
I. Wettbewerbs-, Marken- und Patentrecht .....	405
II. Ordnungswidrigkeitenrecht .....	406
III. Bundesentschädigungsrecht .....	407
IV. Zivilprozessordnung .....	407
V. Ergebnisse .....	408
<b>F. Eigene Lösung</b> .....	409
I. Revisionszulassung zur abstrakten Rechtsklärung .....	409
1. Rechtsfrage .....	409
2. Klärungsfähigkeit .....	409
3. Klärungsbedürftigkeit .....	410
4. Erörterung materiell-rechtlicher Gesichtspunkte im Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde .....	410
5. Spezifika der Revisionszulassungsgründe zur abstrakten Rechtsklärung .....	410
a) Grundsatzrevision .....	410
b) Rechtsfortbildungsrevision .....	410
II. Revisionszulassung zur konkreten Rechtsanwendungskorrektur .....	411
III. Zur entsprechenden Anwendung des § 126 Abs. 4 FGO .....	412
IV. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Voraussetzungen der Revisionszulassungsgründe .....	412
<b>Anhang</b> .....	415
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	429